

Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen **des Gemeinderats** vom 31. Januar 2017

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

Der Vorsitzende Oberbürgermeister Dirk Schönberger,

die Stadträte

Gustav Bohnert , Dr. Karl Burgmaier , Peter Bürkle , Kai Buschmann , Isabel Eisterhues , Heike Gebbert , Jürgen Dieter Geiger , Kurt Goldmann , Peter Großmann , Jens Kadenbach , Steffen Kirsch , Dr. Frank Knödler (ab 18:32 Uhr, TOP 2 ö anwesend), Heinz Layher , Horst Leutenecker , Armando Javier Mora Estrada (ab 18:50 Uhr, TOP 3 ö, FDP-Antrag 3 anwesend), Rainer Plessing , Harald Röhrig , Dr. Thomas Schulz , Swantje Sperling , Georg Strohmaier , Monika Voggesberger, Gerhard Waldbauer ,

sowie von der Verwaltung

EBM Balzer, BM Velte, FBL Weiß, FBL Kellert, FBL Messer, FGL Tretter, Frau Dinkel
(Schriftführerin)

Abwesend:

Dr. Hubert Effenberger , Angelika Feurer , Harald Sommer , Dr. Nikolaus Wachter ,

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende

Stadträte

Schriftführerin

CDU

Freie Wähler

Bündnis 90/Die Grünen

SPD

FDP

Öffentliche Tagesordnung

- | | |
|---|-----------|
| 1. Einwohnerfragestunde | |
| 2. Beschaffung eines Wechselladerfahrzeugs für den Bauhof in Verbindung mit der Nutzung des mobilen Familienzentrums | 009/2017 |
| 3. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2017 | 004/2017 |
| 4. Wirtschaftsplan 2017 der Stadtwerke Remseck am Neckar | BA 1/2017 |
| 5. Wirtschaftsplan 2017 der Stadtentwässerung Remseck am Neckar | BA 2/2017 |
| 6. Grundschule Neckargröningen
- Antrag an das Staatliche Schulamt zur Genehmigung der Grundschule Neckargröningen als Außenstelle der Kelterschule Neckarrems | 008/2017 |
| 7. Entwicklung der Wilhelm-Keil-Gemeinschaftsschule
- Bau einer Interimslösung | 006/2017 |
| 8. Ausbau der Schillerstraße
- Vergabe der Straßenbauarbeiten | 002/2017 |
| 9. Widmung und Einstufung der Kelterstraße im Stadtteil Aldingen | 011/2017 |
| 10. Annahme von Zuwendungen | 010/2017 |
| 11. Bekanntgaben | |
| 12. Verschiedenes | |

§ 1

Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin äußert sich zu TOP 5 „Grundschule Neckargröningen“. Die Rektorenstelle sei mit A 12 ausgeschrieben worden. Rektorstellen einer Grundschule sei normalerweise nach A 13 bewertet. Da müsse man sich nicht wundern, dass man keinen Rektor finde. Der Vorsitzende teilt mit, dass von beiden Grundschulen, sowohl von der Gesamtlehrerkonferenz als auch von der Elternschaft, dieser Antrag gestellt wurde. Dadurch könne eine Konrektorenstelle geschaffen werden.

§ 2

Beschaffung eines Wechselladerfahrzeugs für den Bauhof in Verbindung mit der Nutzung des mobilen Familienzentrums

Vorlage Nr. 009/2017

BM Velte erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst mit 21 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Zustimmung zur Beschaffung eines Wechselladerfahrzeugs für den Bauhof.
2. Zur Finanzierung der Beschaffungskosten wird der Planansatz im Haushaltsentwurf 2017 bei Verrechnungsstelle 2 I 7710 0001 .935300 um 90.000 € auf 390.000 € erhöht. Die Deckung erfolgt durch höhere Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken bei Verrechnungsstelle 2 I 8800 0001 .340000 (Planansatz im Entwurf 0,750 Mio. €, Planansatz neu 0,890 Mio. €).
3. Die vom Gemeinderat am 10. Mai 2016 für den Haushalt 2016 genehmigten außerplanmäßigen Ausgaben von 23.500 € im Vermögenshaushalt werden um 7.000 € auf 30.500 € erhöht. Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch eine Zuwendung der Eva Mayr-Stihl Stiftung, die der Stadt zur Verfügung steht.

§ 3

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2017

Vorlage Nr. 004/2017

Freie Wähler, Antrag 1

„Verzicht auf die Instandsetzung der Treppenanlage Hintere Straße/Untere Weinbergstraße und Entwidmung der Treppe als öffentliche Verkehrsfläche“

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird angenommen.

Freie Wähler, Antrag 2

„Baldmöglichste Beendigung der Mitgliedschaft in der „Grünen Nachbarschaft“

Es findet keine Abstimmung statt.

StRat Waldbauer teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag nächstes Jahr wieder stellen werde.

Freie Wähler, Antrag 3

Der Vorsitzende weist auf die Antragsänderung hin.

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Umfang mobiler Geschwindigkeitskontrollen in Remseck baldmöglichst deutlich gesteigert werden kann. Ein Vorschlag wird dem Gemeinderat bis Juli 2017 zur Entscheidung vorgelegt.“

Der Gemeinderat fasst mit 16 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird angenommen.

Grüne, Antrag 1

„Überarbeitung der Bedarfsplanung Kindertagesstätten unter besonderer Berücksichtigung der Bautätigkeit in den einzelnen Stadtteilen und der Zunahme der Zuwanderung.“

StRat Burgmaier führt aus, dass man eine Abstimmung wünsche und erläutert den Antrag.

EBM Balzer stellt dar, dass man jedes Jahr eine Bedarfsplanung vorlege.

StRat Waldbauer hält eine Abstimmung nicht für sinnvoll.

StRat Bohnert führt aus, dass seine Fraktion von der Sache her mitgehe. Sie seien aber der Auffassung, dass dies im Ausschuss für Familie, Bildung und Soziales diskutiert werden solle und dem Antrag nicht zustimmen werden.

Der Gemeinderat fasst mit 6 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 3 Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird abgelehnt.

FDP, Antrag 1

„Vorlage eines Konzeptes zu Möglichkeiten eines Remseck-Tickets mit der Betrachtung der Kosten, des Re-Invests (Standardisierte Bewertung) und Umsteigepotential MIV/ÖPNV“

StRat Bohnert erläutert den Antrag.

StRat Waldbauer stellt dar, dass seine Fraktion überwiegend dagegen stimmen werde. Der Aufwand für die Prüfung sei zu hoch. Zudem sei die Zonenregelung in Remseck sehr gut. Des Weiteren sei zeitlich gesehen kein gravierender Unterschied zwischen der Nutzung des Autos oder des Busses.

StRat Kirsch stimmt StRat Waldbauer zu.

StRat Layher führt aus, dass seine Fraktion den Antrag der FDP unterstütze.

Der Gemeinderat fasst mit 9 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird abgelehnt.

FDP, Antrag 3

„Erarbeitung eines Modells zur Entwicklung des Wohngebiets „östlich Hohenstaufenstraße“ nach Erweiterung des Flächennutzungsplans mit einem modernen Konzept zur nachhaltigen Mobilität“

Es findet keine Abstimmung statt.

StRat Buschmann bedankt sich bei BM Velte für die Beantwortung im Ausschuss und bittet um eine Skizze.

FDP, Antrag 4

„Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung für Asylbewerber/Flüchtlinge“

StRat Mora Estrada erläutert den Antrag.

StRat Kirsch teilt mit, dass seine Fraktion nicht mitgehe. Das Problem gebe es nicht nur bei Flüchtlingen, sondern auch bei anderen Personengruppen. StRat Kirsch plädiert für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung.

StRat Layher stellt dar, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze.

Der Vorsitzende führt aus, dass es im Jahr 2016 drei Fälle in Remseck gegeben habe.

Alle drei Fälle wären nicht unter die Versicherung gefallen, da die Zuständigkeit für diese Personen beim Landratsamt liege.

Alle 38 Kommunen im Landkreis und das Landratsamt habe keine solche Versicherung abgeschlossen. Der Vorsitzende möchte mit dem Landkreis gemeinsam auftreten.

Der Gemeinderat fasst mit 10 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 0 Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird abgelehnt.

SPD, Antrag 1

„Ausschreiben der Stelle des ehrenamtlichen behindertenbeauftragten und Wahl durch den Gemeinderat“

EBM Balzer teilt mit, dass sich ein „geeigneter“ Bürger gemeldet habe. Man habe bereits ein Gespräch geführt. Es sei geplant, diesen im März dem Gremium vorzustellen.

StRat Layher nimmt den Antrag zurück.

SPD, Antrag 2

„Einsetzung einer Haushaltsstrukturkommission mit dem Auftrag Analyse des Haushalts mit Aufgabenkritik. Erarbeitung Vorschläge zur Verbesserung der Ertragsstruktur“

Der Gemeinderat fasst mit 12 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 9 Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird angenommen.

SPD, Antrag 6

Der Änderungsantrag liegt als Tischvorlage vor.

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde auf die Anordnung eines Durchfahrtsverbots für Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 7,5 to innerhalb des von der Neckarstraße ab Einmündung Brückenstraße bis zur Kreuzung Cannstatter Straße/Lange Straße/Wiesenstraße und Kornwestheimer Straße ab Einmündung Berliner Straße umgrenzten Gebiets hinzuwirken und dem Gemeinderat über das Ergebnis innerhalb der nächsten sechs Monate zu berichten“

StRat Layher begründet die Änderungen „hinzuwirken“ und „innerhalb von sechs Monaten berichten“.

StRat Strohmaier möchte wissen, was dann mit dem LKW sei, der über die Cannstatter Straße komme.

EBM Balzer teilt mit, dass dies die Verkehrsbehörde im Rahmen der Prüfung entscheiden werde. Das Ergebnis werde man dann dem Gemeinderat vorlegen.

Der Gemeinderat fasst mit 19 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird angenommen.

Es werden die Haushaltsreden durch die Fraktionsvorsitzende gehalten.

Für die CDU spricht StRat Kirsch:

Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte beginnen mit einem Dank an Herrn Kellert und sein Team. Wir schätzen nicht nur die Vorbereitung der Haushaltsberatungen, sondern auch die vorsichtige Berechnungsweise. Hierfür vielen Dank. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Ein Blick in die Haushaltszahlen

Erfreulich ist- Schuldenstand und Schuldendienst verringern sich weiter, Kreditaufnahmen sind nicht geplant, Steuererhöhungen auch nicht. Und noch haben wir Rücklagen in Höhe von 10,6 Mio. Ein Stand, der in den Vorjahren die sehr optimistische Prognose gewesen wäre.

Wir haben einerseits steigende Einnahmen. 11,4 Mio aus eigenen Steuern, 17,3 Mio aus dem Gemeindeanteil der Gemeinschaftssteuern, 12,76 Mio aus FAG. Damit sehen wir aber auch, dass der Anteil der Gemeindesteuern nach wie vor relativ klein ist.

Die abgesenkte Kreisumlage- ein Wert unter 30 Punkten würden sich viele Kommunen in Nachbarkreisen wünschen. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten und das Unglück schreitet schnell“. (Schiller, Lied von der Glocke)

: wenn sich die Wirtschaftslage eintrübt dreht sich das Ganze herum.

Leider wissen wir aber bereits, der Schuldenstand wird nicht so bleiben. Nach den Planungen der Mittelfristigen gehen wir im Jahr 2020 auf einen Schuldenstand von knapp 23 Mio € hoch. Das klingt viel, vor allem da 2017 damit ein Ende eines zwanzigjährigen Zeitraums einläutet, in dem auf neue Schulden verzichtet wurde. Das verunsichert natürlich Bürger. Auch ist damit weder alles durchfinanziert, noch sind dann alle Aufgaben erledigt.

Aber: Der Hinweis auf das Zinsniveau ist zwar richtig, für mich aber nicht das Hauptargument.

1. von der Dimension her- erreichen wir den Schuldenstand von 1993, aber mit 10.000 Einwohnern mehr.
2. Zum anderen haben wir entschuldet, um den Handlungsspielraum für wichtige, große Investitionen zu haben. Den sollten wir jetzt auch nutzen.

Die Reaktionen auf diesen finanziellen Ausblick hier im Rat reichen von Wunsch nach einer Haushaltskonsolidierungskommission bis hin zum Satz: „Da kommt es auf 2 Mio mehr auch nicht an“. Und das allein in einer Fraktion.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, wir sollten bei jeder Investitionsentscheidung bedenken, zu was sie führt. Wir begrüßen deshalb z.B., dass wir uns im ABFS mit dem Thema Jugendmusikschule beschäftigen wollen.

Andere Zahlen sind zwar nicht spektakulär, auf Grund vieler Gespräche aber erwähnenswert. Der Einzeplan 4, Soziale Sicherung enthält auch das Thema Asylbewerber, Flüchtlinge etc. Zwar hat sich der Ansatz für die Sozialen Sicherung vom Rechnungsergebnis 2015 mit 170.000 auf 580.000 € erhöht, das negative Kommunale Saldo aber nur von 90.000 auf 140.000€. Der Gesamtumfang des Haushalts liegt bei fast 60 Mio. Das einmal zur Verhältnismäßigkeit.

Rückblick

Im letzten Jahr hat die Stadt viele Projekte in Gang gesetzt. Das zeigen auch unsere Haushaltsberatungen. Haushaltswirksame Anträge wurden sehr wenige gestellt. Das hängt natürlich miteinander zusammen.

Ich möchte auf einige Projekte eingehen:

Neue Mitte

Die Beschlüsse für Rathaus und Stadthalle sind gefasst. Der Umgang mit dem Kubus ist nach wie vor offen. Lassen Sie mich unsere Position hierzu noch einmal ausbuchstabieren. Die Mediathek stand zwar im Plan, war aber immer unter „ferner liefen“. Deshalb gab es auch einen Beschluss, die Planung nicht weiter zu verfolgen. Die Verwaltung sah eine Möglichkeit, die Funktion Mediathek in das Gebäude Stadthalle zu integrieren. Diese Vorgehensweise der kreativen Umplanung mit Überraschungseffekt fürs Gremium haben wir zu Recht kritisiert.

Erst auf unseren Antrag hin haben wir uns über Personalschlüssel, Folgekosten und Öffnungszeiten unterhalten. Wir sind dann auf die Diskussion im März gespannt.

Verkehr

Verbunden mit der neuen Mitte ist das Thema Verkehr.

Den Nord-Ost-Ring wollte mancher schon beerdigen. Von „lasset ihn ruhen in Frieden“ war die Rede. Als Befürworter des Nord Ost Rings geht es einem wie Mark Twain. Der konnte einmal ein Telegramm verschicken, dass die Gerüchte über sein Ableben stark übertrieben seien. Für uns ist der Nord-Ost-Ring ein entscheidendes Element, um möglichst viel Verkehr aus unserer Stadt heraus zu bringen. Denn die Remsecker Verkehrsprobleme entstehen nicht in Remseck. Ohne eine Ertüchtigung der Verkehrsverbindung

in einer Region

mit einem Drittel der Wirtschaftskraft

einem Viertel der Einwohner

und einem Zehntel der Verkehrswege, bleiben alle Entlastungen für Ortsdurchfahrten Verschiebebahnhöfe je nach Grenzwert.

Zwei weitere Projekte liegen in der Hand der Partner. Bei der Westrandbrücke hoffen wir, dass das VM bald an die Planung der Brücke am Knotenpunkt der fünf Landesstraßen geht.

Und bei der Stadtbahn hoffen wir, dass die Kollegen in der Kreisstadt Ludwigsburg sich für eine SSB-kompatible Stadtbahn entscheiden und weder für eine Niederflurbahn, die keiner sonst will, noch für eine Bahn, die ein Bus ist. Die Hauptsache ist aber, dass sie sich entscheiden.

Schulen und Bildung

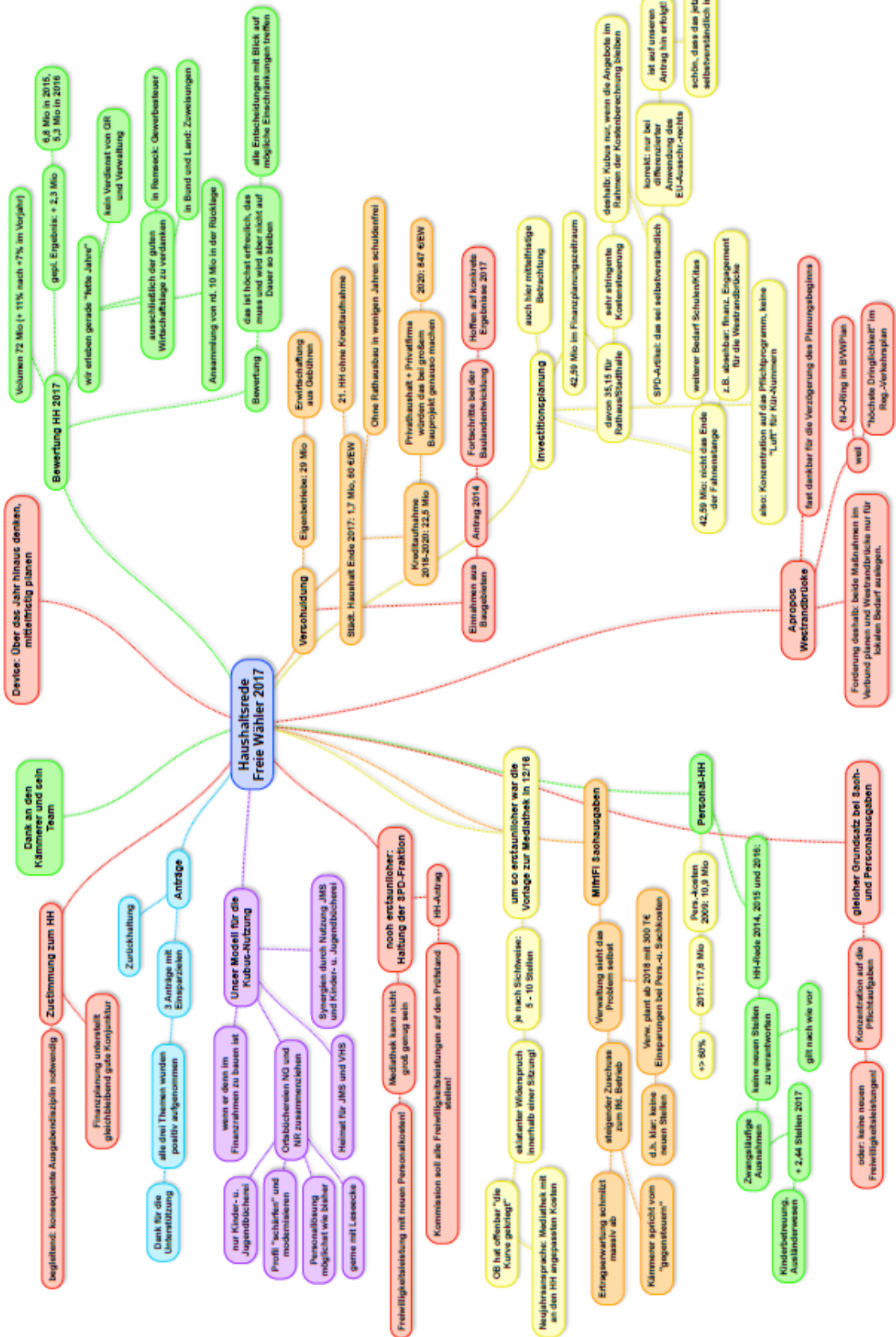
Remseck soll attraktiver Wohnstandort bleiben. Deshalb gehörten der Ausbau der Kinderbetreuung und die Unterstützung der Schulen zu den Schwerpunkten des Gemeinderats. Dabei steht in den nächsten Jahren der Ausbau der Ganztagsangebote an. Wir wollen dabei möglichst passgenaue Angebote für die Eltern und Kinder. Schulorganisatorisch zeigt aus unserer Sicht die Umwandlung der Grundschule Neckargröningen in eine Außenstelle der Kelterschule, wie es geht. Die Entwicklung kam aus der Schule selbst. Der Schulträger unterstützt. Ein umgekehrtes Vorgehen führt aus unserer Sicht nur zu Problemen. Das gilt auch für die Zukunft.

Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren: Der Haushalt 2017 zeigt uns einen Weg, hin zur Realisierung verschiedener Großprojekte. Er zeigt uns aber auch Grenzen auf. Zusammengefasst sind wir aber auf einem guten Weg, den wir mit angemessener Vorsicht weiter beschreiten sollten.

Die CDU Fraktion wird dem Haushalt 2017 zustimmen. Vielen Dank.

Für die Freien Wähler spricht StRat Waldbauer:
(Mind-Map)



Für Bündnis 90/Die Grünen spricht StRat Burgmaier:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir stehen in den nächsten Jahren finanzpolitisch vor drei großen Herausforderungen:

1. Neue Mitte
2. Schulentwicklung
3. Ausreichende Angebote bei den Tageseinrichtungen für Kinder

Die Neue Mitte soll und kann unsere Stadt attraktiver und zukunftsfähiger machen. Als kinder- und familienfreundliche Stadt müssen wir quantitativ und qualitativ Spitze sein bei unseren Angeboten im Erziehungs- und Bildungsbereich. Hier geht es vor allem um den weiteren Ausbau der Ganztagesangebote sowohl im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder als auch in den Grundschulen.

Der Entwurf dieses Haushaltsplans spannt den finanziellen Rahmen für unsere Aufgaben und zeigt uns die Möglichkeiten und Grenzen für Investitionen in den nächsten Jahren auf. Daueraufgabe einer nachhaltigen Finanzpolitik bleibt, Aufgabenstruktur und -vielfalt der Stadt in Einklang mit unseren finanziellen Möglichkeiten zu gestalten.

Klar ist allerdings auch, dass angesichts der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit steigenden Steuereinnahmen und dem niedrigen Zinsniveau die Ausgangsbedingungen für die Realisierung der Neuen Mitte und den Ausbau der Kinderbetreuung und der Schulen noch nie so gut waren wie jetzt. Deshalb sollten wir jetzt die sich bietenden Möglichkeiten und Chancen nutzen, ohne uns allerdings zu verheben.

Kinderbetreuung

Wir haben in den vergangenen Jahren das Betreuungsangebot für Kinder unter und über 3 Jahren kräftig ausgebaut. Trotzdem gibt es noch Defizite, die wir beheben müssen. Mit dem Bedarfsplan für Kindertagesstätten 2016/2017 weist erstmals eine Bedarfsplanung Defizite im Bereich der Über 3-Jährigen aus. Mit Ausnahme von Hochdorf sind alle Stadtteile von diesem Defizit betroffen. Das ist nicht gut und weist auf strukturelle Defizite hin, die wir dringend mit einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote angehen müssen. Daher haben wir einen Antrag zur Überarbeitung der Kindergarten-Bedarfsplanung gestellt.

Unser Ziel im Bereich U 3 ist, 35 % der Kinder einen Betreuungsplatz zu bieten. Rein rechnerisch bekommt man das in der Summe hin. Allerdings zeigt die nähere Betrachtung, dass im U 3 Bereich ein beträchtliches Platzdefizit bei den Betreuungsformen verlängerte Öffnungszeiten und Ganztagesbetreuung besteht. Und auf diese Betreuungsformen kommt es an; genau diese werden im U 3-Bereich nachgefragt. Daher sollten wir im Rahmen der Konzeption zur Weiterentwicklung der

Kinderbetreuungsangebote auch an die Neuschaffung von Plätzen denken.

Wichtig ist uns, dass die Wünsche der Eltern und Kinder bei der Wahl der Tageseinrichtungen berücksichtigt werden. Wir wollen, dass grundsätzlich Kinder in dem Stadtteil in die Kindertagesstätte gehen können, in dem sie wohnen. Gelegentlich müssen Kinder mit freien Plätzen in einem benachbarten Ortsteil Vorlieb nehmen. Allerdings ist es allein wegen der Zeitverluste nicht kinder- und familienfreundlich, wenn Kinder aus Aldingen nach Hochdorf und wieder zurück gefahren werden müssen.

Wir wollen auch, dass Kinder eine Kinderbetreuungseinrichtung grundsätzlich dort besuchen können, wo sie auch zur Grundschule gehen. Wie wichtig das den Eltern ist, haben wir am Beispiel der Engpässe in der Grundschule Neckargröningen im Sommer letzten Jahres gespürt.

Schulentwicklung

Die Weiterentwicklung der Grundschulen zu Ganztageschulen ist eine große und nicht nur finanzielle Herausforderung. Wir hoffen, dass wir mit dem Masterplan Grundschulentwicklung 2017 bei diesem Thema entscheidend weiterkommen. Wir wollen wissen, welche Grundschulen wann zur Ganztageschule werden. Dass Schulentwicklung und verbesserte Angebote auch mit Kosten verbunden sind für Sanierung und Neubau von Gebäuden ist uns klar. Für politische Entscheidungen brauchen wir Grundlagen auch zu den Kosten und diese erhoffen wir uns von dem Masterplan. Wir brauchen eine Prioritätenliste mit Zeitschiene. Klar ist, dass die Grundschule Pattonville die erste Ganztages-Grundschule in unserer Stadt sein wird. Wir sind gespannt, welche anderen Grundschulen dann diesen Schritt wann gehen werden. Wir wissen um die unterschiedlichen Interessen sowohl innerhalb der Eltern- als auch der Lehrerschaft. Manche wollen die gebundene, manche die offene Form der Ganztags-Grundschule, andere wollen gar keine Ganztags-Grundschule. Wir hoffen, dass der Masterplan Grundschulentwicklung belastbare Zahlen und Fakten bringt, die zwischen Verwaltung und Schulleitungen unstrittig sind und mit denen dann konkrete Planungen angegangen werden können. Wichtig ist uns bei diesen Planungen der Konsens mit Eltern und Lehrern, insbesondere auch in den jeweiligen Schulkonferenzen der Grundschulen.

Neue Mitte

Die abgeholzten und jetzt fehlenden Bäume im Vorbereich des Rathauses zeigen, dass der Startschuss für die neue Mitte gefallen ist. Im Frühjahr soll das Ausschreibungspaket für Rathaus, Stadthalle und möglicherweise auch die Mediathek fertig sein. Im Herbst könnte dann der Spatenstich erfolgen.

Die Neue Mitte wird uns in den nächsten Jahren dauerhaft beschäftigen. Einig sind sich Gemeinderat und Stadtverwaltung über den Neubau von Rathaus, Stadthalle, Archiv und einer Tiefgarage. Strittig ist der sog. Kubus als Aufbau der Stadthalle. Für uns macht der Kubus nur Sinn, wenn er eine moderne und attraktive Mediathek beinhaltet. Ansonsten sollten wir uns das Geld dafür sparen. Bis im Frühjahr sollten wir hierüber Klarheit haben.

Wir danken der Verwaltung, insbesondere Herrn Kellert und seinem Team, für die gute Aufbereitung der Unterlagen zum Haushaltsplan und werden dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe zustimmen.

Für die SPD spricht StRat Layher:

Haushalts- und Finanzplanung 2017 bis 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

es liegt in der Natur der Sache, dass sich die jährlichen Haushaltsreden in Friedenszeiten häufig gleichen, denn gesellschaftliche und wirtschaftliche, insgesamt also – für uns – kommunale Strukturen ändern sich in Friedenszeiten in der Regel langsam, aber stetig. Um für Sie – und mich – langweilige Wiederholungen des sattsam Bekannten zu vermeiden, will ich daher nur einen kurzen Blick auf die nur graduell verschobene Grundstruktur unseres Haushalts werfen: Wie immer bestehen rund 50 % der Einnahmen des Verwaltungshaushalts aus dem der Stadt zustehenden Einkommensteueranteil und aus den Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz. Mit knapp über 19 % tragen eigene Steuern zum Verwaltungshaushalt bei. Die restliche Finanzierung des laufenden Geschäfts erfolgt im Wesentlichen durch Gebühren, Kostenerstattungen und zweckgebundene Zuweisungen. **Mit anderen Worten: Wir leben in einer Kommune mit geringer eigener Steuerkraft, einer Kommune, deren berufstätiger Bevölkerungsanteil weit überwiegend aus Auspendlern besteht, die ihr Wasser und Brot im mittleren Neckarraum verdienen.**

Die wirtschaftliche Grundstruktur der Stadt ist aufgrund unserer Lage im mittleren Neckarraum und wegen der topografischen Gegebenheiten nicht grundsätzlich veränderbar. Wir können unsere Gewerbeflächen nur in vergleichsweise bescheidenem Umfang erweitern, was wir im Erlenrain bereits umgesetzt haben und mit dem Gebiet Rainwiesen II gerade in Angriff nehmen. Beides lässt zwar eine Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen erwarten – aber bei realistischer Betrachtung natürlich keine, welche die grundsätzlichen Gegebenheiten in Remseck verändert. Mit unserer wirtschaftlichen und sozialen Grundstruktur müssen wir, haushälterisch betrachtet rechnen, und natürlich auch leben. Damit kein Missverständnis entsteht: **Dies ist kein bitteres Muss, denn Remseck ist eine lebendige Stadt mit einer Vielzahl gemeinschaftlicher ehrenamtlicher sportlicher und kultureller Aktivitäten und Angeboten.** In der Summe leben hier angenehme, aktive und, wie sich zeigt, integrationsfähige Stadtteilgesellschaften, denen es allerdings gelegentlich am Gefühl einer gemeinsamen Identität mit den Bewohnern der übrigen Stadtteile mangelt. Wir sind aber der Meinung, dass die Beachtung der Interessen der durch eine Behinderung beeinträchtigten Einwohner dauerhaft durch einen Behindertenbeauftragten zu sichern ist. Diesem Ziel diene unser entsprechender Antrag, der letztlich dazu geführt hat, dass sich jetzt ein wie wir denken respektabler, kompetenter und aussichtsreicher Interessent für die Ausübung dieser Funktion gefunden hat. Es bedarf deshalb derzeit der

Ausschreibung der Stelle nicht mehr. Daher haben wir den Antrag zurückgenommen.

Die Kehrseite des anhaltenden wirtschaftlichen Erfolgs des mittleren

Neckarraums sind die hohen Lebenshaltungskosten in dieser Region. Diese Kosten und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften haben dazu geführt, dass ein deutlich gestiegener und noch steigender Anteil an Eltern als Doppelverdiener berufstätig sind. Auf diesen gesellschaftlichen Wandel mussten und müssen gerade wir reagieren, denn unsere wirtschaftliche Grundstruktur hat zur Folge, dass wir uns als Kommune nur finanzieren können, wenn wir als Wohnort für junge Familien attraktiv bleiben. Aus diesem Grund hat die Stadt im letzten Jahrzehnt mit erheblichen Beträgen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen investiert. Diese Investitionen sind nicht abgeschlossen; **wir müssen vielmehr zügig an der Entwicklung von**

Ganztagesangeboten an Grundschulen arbeiten und diese beschleunigt umsetzen – und wir müssen, wie Neckargröningen gezeigt hat, gelegentlich auch mit kurzfristigen Krisen rechnen. Wir halten es daher für einen wichtigen Schritt, dass die

Verwaltung auf unseren Antrag zugesagt hat, eine Konzeption für die bauliche und räumliche Entwicklung im Bereich der Neckarschule/Wilhelm-Keil-Schule und der Gemeindehalle Aldingen zu erarbeiten und diese dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen. Selbstverständlich stehen wir auch zu der bereits im Gange befindlichen Entwicklung der Grundschule Pattonville zur Ganztagesgrundschule. Nachdem Ende des letzten Jahres verschiedene im Gemeinderat vertretene Gruppierungen im Amtsblatt lobend auf ihre eigene Ideologiefreiheit hingewiesen haben, füge ich zur Vermeidung von Fehlinterpretationen hinzu: Dies alles hat mit Ideologie nicht das Geringste zu tun, sondern ist der sich wandelnden Arbeitswelt geschuldet. Nicht verkneifen kann ich mir die zusätzliche Bemerkung: Begreift man Ideologie als Lehre von den Ideen, dann ist Ideologiefreiheit als Selbstlob eher zweischneidig.

Eine Folge der wirtschaftlichen Prosperität ist auch der Verkehr. Dieser zeigt auch in Aldingen Auswüchse, die nach unserer Auffassung nicht länger hinnehmbar sind. Deshalb haben wir beantragt, auf ein Durchfahrverbot für LKWs ab 7,5 Tonnen Gesamtgewicht sowie auf eine Änderung der Parkberechtigung in der Neckarstraße und eine regelmäßige Überwachung der Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrtrichtungen an der Wehrbrücke hinzuwirken.

Blicken wir auf den Vermögenshaushalt, so blicken wir derzeit vorwiegend auf **das zentrale Investitionsvorhaben der Stadt, nämlich den Bau des Rathauses und der Stadthalle**. Dass hierfür trotz der zu erwartenden Zuschüsse des Landes eine für Remsecker Verhältnisse hohe Kreditaufnahme erforderlich sein wird, war und ist jedem klar, der an der Entscheidung zur Realisierung dieses Vorhabens beteiligt war. Wir haben keinen Zweifel daran, dass **der Bau des Rathauses notwendig und der Bau der Stadthalle geboten** ist. Die Kreditaufnahme ist vertretbar, denn es handelt sich um einen investiven Kredit, mit dem ein Vermögenswert geschaffen wird, der den uns nachfolgenden Generationen zur Verfügung steht. Bei Betrachtung der entstehenden Belastung für den laufenden Haushalt darf im Übrigen nicht außer Acht gelassen werden, dass die Stadt die Kosten für die derzeit in Hochberg und Pattonville angemieteten Büroräume und – bei einer Veräußerung des Neckargröninger Rathauses – die Unterhaltungskosten für dieses Gebäude einsparen wird. Ich möchte hier nur wenige

Worte zu der noch nicht entschiedenen Frage des Baues und der eventuellen Nutzung des Kubus sagen, denn in späteren Sitzungen werden wir dies nochmals ausführlich behandeln. **Wir sind entschieden dafür, eine zentrale Mediathek einzurichten.** Die Erfahrungen, die uns von der Vertreterin des Regierungspräsidiums und von den Mitarbeiterinnen der drei Mediatheken, die ein Teil der Stadträte letzte Woche besichtigt haben, vermittelt wurden, zeigen deutlich eine hohe Akzeptanz und Benutzerfrequenz einer solchen Einrichtung und zwar nicht nur von Kindern, sondern auch von Erwachsenen. **Es geht dabei nicht nur um eine Verbreiterung unseres Bildungsangebots, sondern auch darum, Lesekompetenz, Lesefreudigkeit, Phantasie und das Erleben von Literatur etwa durch Lesungen und gemeinsamen Austausch von Leseerfahrungen zu fördern.** Eine Mediathek erschöpft sich nicht in der Installation von Ausleihautomaten – diese dürfen durchaus Bestandteil der Mediathek sein – sondern schafft Raum für Begegnungen, Diskurse und gemeinsame Unternehmungen. Wir haben nichts dagegen, dabei auch einen Mehrzweckraum für verstärkte Angebote und Nutzungen durch die Volkshochschule vorzusehen; und wir sind auch dafür zu haben, einen Teil der mit dem Betreiben einer Mediathek entstehenden Aufgaben ehrenamtlichem Einsatz zu übertragen.

Diese Überlegung führt mich zurück zum Verwaltungshaushalt, dessen Ertragskraft im Finanzplanungszeitraum als unbefriedigend bezeichnet werden muss. Die Haushaltssituation wird sich im Übrigen – bei gleichen Ausgangstatsachen – nach der Umstellung auf Doppik erheblich dramatischer darstellen. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass der Gemeinderat als Hauptorgan der Kommune gerade jetzt, wo uns dies durch die äußeren Umstände noch nicht wirklich aufgezwungen wird, den Haushalt der Stadt gründlicher, als dies in Haushaltsberatungen möglich ist, durchleuchten und Aufgabenkritik üben soll. In erster Linie soll dabei geprüft werden, ob und ggf. wie die Ertragskraft des Verwaltungshaushalts verbessert werden kann. Dass derartige Vorschläge in einem kleineren Gremium eher erarbeitet werden können, als im Vollgremium, ist evident. Da wir eine solche Analyse des Haushalts ohne Zeit- und Handlungsdruck für geboten halten, sind wir durchaus dankbar dafür, dass der Gemeinderat unserem Antrag auf Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission gefolgt ist.

Auch ich möchte mich selbstverständlich namens der Fraktion wieder bei Herrn Kellert und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gewohnt gute Arbeit bedanken, die in den Entwürfen des Haushaltsplans, der mittelfristigen Finanzplanung und der Wirtschaftspläne für die beiden Eigenbetriebe der Stadt ihren Ausdruck findet. Wir werden dem Haushaltsplan und den beiden Wirtschaftsplänen zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die FDP spricht StRat Bohnert:

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, verehrte Damen und geehrte Herren,**

unsere HH Rede haben wir überschrieben mit dem Titel:

„**‘Heute’** ist ein Geschenk“. Angelehnt an die Lyrik: „Gestern ist Geschichte, morgen ist ein Geheimnis, heute ist ein Geschenk“.

Die Fragen verantwortungsbewusster Menschen sind in allen drei Zeitabschnitten die gleichen, sprich, was wir uns gestern gefragt haben, werden wir uns morgen fragen und fragen wir uns heute: Auf was gründet die Planbarkeit, Sicherheit und Solidität unseres Handelns? Wer bestimmt die Parameter? Einfach die numerische Mehrheit, im Sinne von Mehrheitsbildung? Aus Sicht der FDP Fraktion hat die Zerlegung des Wortes bei einigen Diskussionen und Abstimmungen hier die Oberhand behalten. Einmal: „Mehrheit“ ist Mehrheit und andermal „Bildung“. Die jedoch bleibt sinnverwandt manchmal auf der Strecke. Postfaktische Argumentation – gerade erst beim Thema „Haftpflicht für Flüchtlinge“ sind dafür ein guter Beleg. Vielleicht gibt uns der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker dazu die Antwort. Er sagte: „Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“ Wenn also Ergebnisse auf solchem Weg zustande kommen, dann ist das akzeptabel, wenn aber Ergebnisse schlicht durch Mehrheitsverhältnisse zustande kommen, dann ist das bedenklich. Spontan lag uns auf der Zunge bei der Diskussion um die Haftpflicht für Flüchtlinge, was Goethe gesagt hat: „Es ist die Pflicht, anderen nur dasjenige zu sagen, was sie aufnehmen können.“ Oder anders ausgedrückt: „Wir wollten uns geistig mit Ihnen duellieren, haben aber feststellen müssen, dass einige nicht bewaffnet waren“. Konkret: Wenn Entscheidungen zustande kommen aus einem emotionalen Bauchgefühl heraus, obwohl rationale Argumente auf dem Tisch liegen, dann ist das bedenklich.

„Gestern ist Geschichte“

Was beinhalten die „Geschichtsbücher“? Wichtige Meilensteine aus FDP Fraktionssicht:

Umweltzonenantrag aller Fraktionen auf Initiative der FDP Fraktion (2012/2014) wenn auch zeitlich verzögert, ab 2017 erfolgreich. FDP Anträge **Wohnbauflächen** zu entwickeln (2013/2015) – hier geht es uns zu langsam, es muss vor allem in Hochdorf und Neckarrems bald sichtbare Ergebnisse geben. Mehrfache FDP Fraktionsinitiativen zu den Themen **Breitbandversorgung und bevorratende**

Gewerbegebietsentwicklung (2011/2012/2014) – hier geht es erfreulicherweise im Bereich der Gewerbegebietsentwicklung nun voran – wobei wir auch hier anmerken: kommunale Vorhaben/Projekte haben andere Zeitdimensionen als im Privaten. Unsere FDP Fraktionsanträge zum Thema **Bürgerentscheid Westrandbrücke**

(2014/2015/2016) waren bei der Aufsichtsbehörde erfolgreich, hier im Rat konnten wir dafür bisher keine Mehrheit finden, so dass ein Bürgerbegehren für uns letztlich der einzig gangbare Weg zum Bürgerentscheid darstellt. Und was tut das zuständige Ministerium und das nachgeordnete Regierungspräsidium auf Vorlagen der Stadt? Trifft trotz Remsecker Vorlagen keine Entscheidung. Blamabel. **Gesundheit und Soziales**, oft von den Fraktionen von SPD und FDP gemeinsam vorgetragen, sorgt sich um die Gesundheitsversorgung in Remseck und seinen Stadtteilen, die nicht bei fachärztlicher Versorgung oder einem Ärztehaus endet. Hier sieht die FDP Fraktion noch deutlich Luft und Potentiale. Die Themen **Kinderbetreuung und Schule** sowie die daraus abzuleitenden Planungen stehen seit Jahren auf der Agenda. Beim **Rathausareal** plädierten wir von Anfang an für die Einheit Rathaus/Halle/Mediathek.

„Morgen ist ein Geheimnis“

- Ob in 4 Jahren Remsecker Bürger am Zusammenfluss von Neckar und Rems flanieren, sich auf dem Rathausplatz am Wasserspiel erfreuen, im Café einen Kaffee trinken und sich in einer Mediathek informieren oder zum Austausch treffen, das wissen wir noch nicht. Die Mediathek - oder auch von einigen despektierlich Bücherei genannt - ist noch im Sinne von Weizäckers hoffentlich „diskutabel“.
- Unsere Schulen bedürfen einer Zukunftsaufstellung, wobei hier die jeweiligen landespolitischen „Ausrichtungen“ der kommunalen Planung durchaus in die Quere kommen können, insofern sind „atmende“ Planungen sinnvoll.
- Und ob in ein paar Jahren 40.000 Autos oder mehr durch unsere „Mitte fahren“, durchs „Herz von Remseck“, oder ob eine wie immer geartete Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts, von Seiten der FDP Fraktion befürwortet – für Entlastung sorgt und Remseck nicht weiter die An- und Siedlungspolitik der Nachbarn ausbaden muss, das wird sich zeigen.
- Die Remstalgartenschau steht in 2 Jahren vor der Tür, die Bürgerprojekte starten nun, ca. 250.000 Euro hat der Gemeinderat mit den Stimmen der FDP Fraktion dafür freigegeben.
- Bürgerbeteiligung wird bei der FDP Fraktion weiterhin groß geschrieben, jedoch in geordneten Rahmen. Dazu dient hoffentlich der bald vorliegende „Leitfaden Bürgerbeteiligung“, an dem die FDP Fraktion konstruktiv mitgearbeitet hat.
- Interessant ist die sogenannte „Vorgabe“ des Kämmers, ab 2018 jeweils die Summe von 300.000 Euro im Verwaltungshaushalt einsparen zu wollen. Zuletzt 2013 hat die FDP Fraktion zum Haushalt beantragt, zur Stärkung des Verwaltungshaushaltes 0,5% des Volumens einzusparen. Das wurde abgelehnt, auch von der Verwaltung. Nun also kommt alter Wein in neuen Schläuchen, uns kann es recht sein.

„Heute ist ein Geschenk“

Wir leben im Hier und Heute.

- Wir brauchen Klarheit für unsere **weiterführenden Schulen** und wir brauchen mit Blick auf die **Ganztageschulen** zukunftsweisende Entscheidungen im Bereich der **Grundschulen**. Für die FDP Fraktion ist nach Jahren des Abwägens, des Vor – und Zurück die Zeit reif. Jedoch: nicht jede demografische Schwankungen löst einen Schulerweiterungsbau aus, ggf. müssen kurzfristige ortsteilbezogene Lösungen möglich gemacht werden, sozusagen „atmende“ Korridorlösungen. Hier ist für die FDP Fraktion klar: die Grundschule bleibt in jedem Stadtteil erhalten und die Kinder müssen auch die Chance haben, im Ortsteil zu bleiben.
- Das Thema **Rathausareal** hat die FDP von Anfang an genauso uneingeschränkt unterstützt wie den Architektenwechsel, der war richtig. Die Ausfallkosten der Stadt sind vernachlässigbar im Verhältnis zu den Einsparungen. Das jetzige Ensemble finden wir klasse. Wer jedoch von anderer Seite zuerst den KUBUS aus Kostengründen ablehnt, dann den KUBUS als Baukörper will, aber ohne

Mediathek, der verrät seine Einstellung zu einer Mediathek, aber nicht zum Haushalt. Otto von Bismarck hat gesagt: „Wenn man sagt, dass man einer Sache grundsätzlich zustimmt, so bedeutet es, dass man nicht die geringste Absicht hat, sie in der Praxis durchzuführen.“ So fühlen wir uns hier bei mancher Aussage im Gremium.

- Beim Rathausareal plädiert die FDP Fraktion uneingeschränkt und klar für eine Mediathek im KUBUS. Zu dieser Zukunftsinvestition sind wir bereit. Der Oberbürgermeister hat den von der FDP Fraktion in diesem Zusammenhang geprägten Begriff vom „Remsecker Weg“ aufgegriffen. Entsprechende Anträge haben wir gestellt. Die Entscheidung wird dieses Jahr fallen.
- Die Sportentwicklungsplanung der Stadt will auch eine Vereinsentwicklungsplanung sein. Das begrüßen wir und verweisen auf unseren FDP Fraktionsantrag von 2013 unter dem Titel: „Sport-/Kulturdachverein“.
- Alter Wein – aber gereift noch aktueller – ist der FDP Fraktionsantrag, zu prüfen, ob künftig im öffentlichen Nahverkehr nicht ein „Remseck Ticket“ Potentiale von Fahrgästen vom Auto zum ÖPNV bringt.
- Auch das Thema „Wohnbauentwicklung“ bringen wir mit einem Antrag erneut zur Geltung. Remseck muss im Wettbewerb um Einwohner attraktiv bleiben, vor allem aber darf es nicht sein, dass Remsecker Einwohner auf der Suche nach Wohneigentum sich in umliegenden Kommunen niederlassen.
- Unser FDP Fraktionsantrag „Haftpflicht für Flüchtlinge“ spaltet scheinbar die Geister. Dabei liegen die Fakten klar auf der Hand. Für eine Stadt mit einem Verwaltungshaushaltsvolumen von nahezu 60 Mio. Euro sind verweigerte Ausgaben von ca. 2.000-3.000 Euro p.a. zum Schutz der Flüchtlinge, aber eben auch der einheimischen Bevölkerung, mit abwegigen Argumenten ein Armutszeugnis. Bei den Grünen und der SPD bedanken wir uns für die Zustimmung zu unserem Antrag.
- Den Verkehrsarbeitsgruppen, die im Zusammenhang mit dem Thema Luftreinhalteplan eingeführt werden sollen, sehen wir mit Interesse entgegen. Und wir wünschen uns von den handelnden Personen im Rathaus, dass es nicht darum geht, was nicht geht, sondern vollen Einsatz und Engagement dafür, möglich zu machen, was möglich ist, um nur als Beispiele zu nennen: Temporeduzierung oder effektive Verkehrsraumüberwachung. In diesem Zusammenhang stimmen wir dem SPD Antrag auf ein LKW Verbot größer 7,5t in der Ortsmitte Aldingens abseits der Anlieger zu.
- Im Zeitalter der vermischten Kulturen hat die FDP Fraktion beantragt, dass die Verwaltung die Städte – und Schulpartnerschaften auflistet und sich grundsätzlich zu den Zielen unter Einbeziehung der AG Partnerschaft äußert.
- Wir freuen uns, dass der gemeinsame FDP Fraktionsantrag mit der CDU Fraktion zum Thema „Jüdische Zeugnisse“ nun in 2017 Früchte tragen soll.
- Der Kämmerer antwortet mit Blick auf eine FDP Fraktionsfrage zum Haushalt 2017 unter dem Blickwinkel der vom Oberbürgermeister in einem Interview geäußerte künftige „mögliche Grundsteuererhöhung“, dass ab der vorletzten Erhöhung im Jahre 1998 auf heute 480 Punkte über 10 Mio. Euro mehr eingenommen wurden, die heute fehlen würden. War die Erhöhung 1998 noch durchaus mit Blick auf die katastrophalen Haushaltsverhältnisse nachvollziehbar,

so war das die Erhöhung 2010 aus FDP Fraktionssicht nicht, zumal Vorschläge vorlagen, die Erhöhung von 415 Punkten auf 480 Punkte zu vermeiden oder zumindest deutlich niedriger zu halten. Trotzdem haben Grüne, SPD, CDU und FW die Erhöhung auf 480 Punkte über eine Mehrheitsbildung durchgedrückt. Zum Thema Mehrheitsbildung haben wir uns schon zu Beginn der Rede geäußert.

- Remseck steht also weiterhin aus Sicht der FDP Fraktion vor der Herausforderung, strukturelle Verbesserungen im Finanzhaushalt zu erreichen. Auch deswegen unterstützen wir den SPD Fraktionsantrag nach einer Haushaltsstrukturkommission, verweisen dabei auf unseren Antrag „Daseinsvorsorge“ aus dem Jahre 2014, der zum Inhalt hatte, zu klären, was unter „Daseinsvorsorge“ zu verstehen ist, um künftig unter den Vorzeichen knapper Kassen sich mehrheitlich und langfristig über Prioritäten bei Politikfeldern verständigen zu können.

Die FDP Fraktion hat 2015 in Teilen den Haushalt wegen der Aufnahme von Planungskosten für die Westrandbrücke abgelehnt, 2016 geschlossen den Haushalt wegen der unklaren Finanzplanung sowie dem Planansatz für die Westrandbrücke abgelehnt. Dieser Planansatz ist inzwischen auf 420.000 Euro angewachsen. Gesamt schon weit über 500.000 Euro. Deswegen wird die Fraktion dem Haushalt 2017 mehrheitlich nicht zustimmen.

Danke den Einwohnerinnen und Einwohnern, die uns mit ihren Anregungen und Ideen unterstützt haben. Danke auch an Erika Schellmann, Remsecker FDP Kreisrätin und an den FDP Stadtratskollegen Kai Buschmann in seiner Funktion als FDP Regionalrat - beide leisten wertvolle Arbeit für Remseck.

Wir danken allen Ehrenamtlichen in Vereinen und Organisationen, ohne die unsere Gesellschaft nicht funktionieren kann. Wir danken dem Personal der Stadt für geleistete Arbeit.

Die FDP Fraktion arbeitet unideologisch, remseckorientiert ohne Scheuklappen auch im Jahr 2017 engagiert und aufgabenkritisch mit und wird sich dafür einsetzen, dass sich Remseck zukunftsfähig und modern weiterentwickelt, dass dabei die Remsecker Finanzen trotz zukunftsorientierter Investitionen generationengerecht im Lot bleiben und unsere Stadt mit den Stadtteilen lebens – und liebenswert bleibt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

FBL Kellert erläutert die Tischvorlage 004-2/2017 über die Verabschiedung des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung 2017.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen folgende Haushaltssatzung:

Haushaltssatzung der Stadt Remseck am Neckar für das Haushaltsjahr 2017

§1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.den Einnahmen und Ausgaben von je		72.420.000 €
d□von im Verwaltungshaushalt	59.630.000 €	
im Vermögenshaushalt	12.790.000 €	
2.dem Gesamtbetrag der vorgesehenen		- 0 - €
Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung)		
von		
3.dem Gesamtbetrag der		- 0 - €
Verpflichtungsermächtigungen von		

§2 Kassenkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 10.000.000 €

§3 Realsteuerhebesätze

Die Hebesätze werden festgesetzt

1.für die Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer	350 v.H.
A) auf	
b) für die Gru□dstücke (Grundsteuer B) auf	480 v.H.
der Steuermessbeträge.	
2.für die Gewerbesteuer auf	385 v.H.
der Steuermessbeträge.	

Remseck am Neckar, den

Dirk Schönberger
Oberbürgermeister

Es gelten die in der Anlage 2 zur Tischvorlage 004-2/2017 genannten Änderungen.

Der Gemeinderat stellt bei 21 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen die Finanzplanung mit Investitionsprogramm (Anlage 17 zum Haushaltsplan 2017) mit den Änderungen entsprechend den Beschlüssen über Änderungsanträge fest.

§ 4

Wirtschaftsplan 2017 der Stadtwerke Remseck am Neckar

Vorlagen Nr. BA 1/2017

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017 mit den Festsetzungen wie in der Sachdarstellung aufgeführt.

§ 5

Wirtschaftsplan 2017 der Stadtentwässerung Remseck am Neckar

Vorlagen Nr. BA 2/2017

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2017 mit den Festsetzungen wie in der Sachdarstellung aufgeführt.

§ 6

Grundschule Neckargröningen

- Antrag an das Staatliche Schulamt zur Genehmigung der Grundschule Neckargröningen als Außenstelle der Kelterschule Neckarrems

Vorlage Nr. 008/2017

EBM Balzer erläutert die Sitzungsvorlage und nimmt Bezug auf die Frage aus der Einwohnerfragestunde. Die Initiative sei von der Schule ausgegangen. Für die Bezahlung sei das Kultusministerium zuständig, nicht die Stadtverwaltung.

StRat Buschmann möchte wissen, warum es von der Verwaltung keine Initiative wegen der Besoldung gegeben habe. Zudem möchte StRat Buschmann die Bestätigung der Verwaltung, dass es ihr hier nicht um Salami taktik gehe.

EBM Balzer führt aus, dass dem Staatlichen Schulamt der Schulbestandsplan vorliege. Es sei gesichert, dass die Schule über 80 Schüler/innen habe. Es habe keine Initiative von der Verwaltung gegeben, sondern vom Staatlichen Schulamt. Die Schule müsse gesichert werden, daher komme jetzt dieser Lösungsvorschlag.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er nicht vorhabe die Grundschule in diesem Stadtteil zu schließen.

StRat Kirsch bittet um nähere Informationen dazu im Ausschuss für Bildung, Familie und Soziales.

Der Vorsitzende beauftragt EBM Balzer beim Staatlichen Schulamt nachzufragen.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst mit 20 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Stadt Remseck am Neckar stellt als Schulträger den Antrag auf Einrichtung der Grundschule Neckargröningen als Außenstelle der Kelterschule Neckarrems.

§ 7

Entwicklung der Wilhelm-Keil-Gemeinschaftsschule - Bau einer Interimslösung

Vorlage Nr. 006/2017

EBM Balzer erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass man noch keinen konkreten Platz vorschlage. Es werde keinen Platz geben, der nicht in den Bestand eingreife. Im Februar werde man dem Gemeinderat einen Vorschlag machen.

BM Velte ergänzt, dass man eine Containerlösung anstrebe, die größer sein soll als geplant um sich für die Sanierung mit vorzubereiten.

Der Vorsitzende stellt dar, dass man gemeinsam mit den Schulen und den Elternvertreter ein Gespräch über die Planungen zur Interimslösung führen werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Raumbedarf und die Notwendigkeit einer Interimslösung werden anerkannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Sachdarstellung genannten Alternativen konkreter zu prüfen und einen Beschluss zur Ausschreibung vorzulegen.

§ 8

Ausbau der Schillerstraße - Vergabe der Straßenbauarbeiten

Vorlage Nr. 002/2017

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Bietergemeinschaft Klöpfer GmbH & Co. KG / Gustav Epple GmbH & Co. KG aus Winnenden erhält den Gesamtauftrag zum Ausbau der Schillerstraße mit einem Auftragsvolumen für:

- die Straßenbauarbeiten in Höhe von 715.170,35 € (brutto).

§ 9

Widmung und Einstufung der Kelterstraße im Stadtteil Aldingen

Vorlage Nr. 011/2017

FGL Brenner erläutert die Sitzungsvorlage.

StRat Schulz möchte wissen, ob dies Auswirkungen auf die Anwohner habe.

FGL Brenner antwortet, dass dies nicht der Fall sei.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst mit 22 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimme und 1 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, die Teilstrecke der Kelterstraße, Fl. St. Nr. 5464, vom Kelterplatz bis zur Einmündung der Querstraße öffentlich zu widmen und sie als Ortsstraße nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (StrG) einzustufen. Maßgeblich für die zu widmende Teilstrecke ist der beigefügte Lageplan.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Widmung und Einstufung gem. § 5 Abs. 4 StrG öffentlich bekannt zu machen.

§ 10

Annahme von Zuwendungen

Vorlage Nr. 010/2017

StRat Layher teilt mit, dass er sich enthalten werde, da ihm zu viele Spenden von der Volksbank Remseck eG seien.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst mit 22 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der in der Anlage aufgeführten Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung zu.

§ 11

Bekanntgaben

Bundestagswahl 2017

FBL Weiß teilt mit, dass die Anzahl der Briefwähler stark zugenommen habe und es für die Bundestagswahl 2017 daher vier Briefwahlbezirke geben werde.

§ 12

Verschiedenes

Es werden keine Punkte vorgebracht.

